

Postulat P 6/14

Bildungsoffensive statt Leistungsabbau

Am 24. Juni 2014 hat Kantonsrätin Verena Vanomsen im Namen der SP und Grüne Fraktion folgendes Postulat eingereicht:

«Spätestens seit der Budgetrückweisung im Jahr 2011 diktiert das Sparen das Tun und Handeln der Schwyzer Politik. Bei der Frage nach Kosten und Nutzen ist das Bildungsdepartement besonders gefordert, denn die Ausgaben für unser Bildungswesen können klar beziffert werden, hingegen wird es bei der Frage um den Nutzen oft schwierig, vor allem dann, wenn Kosten für gewisse Projekte oder Pilotversuche mit pädagogischem Inhalt zu rechtfertigen sind. Die Wirkung solcher Projekte lässt sich schwer in einem Frankenbetrag beziffern.

Es kann festgestellt werden, dass im Rahmen des Massnahmenplans 14-17 gerade auch im Bildungsdepartement zahlreiche Sparüberlegungen angestellt wurden, ohne sich über ihre Auswirkungen bewusst zu sein. Unter den Titeln Reform, Optimierung oder Kostenreduktion werden im Bildungsdepartement Leistungen abgebaut oder Kosten deren verlagert. Bei den ganzen Sparbemühungen geht vergessen, dass diese selbst enorme Ressourcen binden, Entwicklungen hemmen und die Motivation der Mitarbeitenden schwächen.

Tief greifende Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft rufen aber gerade im Bildungsbereich nach kontinuierlicher Weiterentwicklung und Innovation. Denn Bildung soll Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ermöglichen, sich persönlich zu entfalten und das eigene Potenzial abzurufen. Bildung stärkt zudem den gesellschaftlichen Zusammenhalt und schafft Voraussetzungen für wirtschaftlichen Fortschritt. Es ist auch bekannt, dass ein gutes Bildungsangebot ein sehr wichtiger Standortfaktor ist. Gut und hoch qualifizierte Arbeitskräfte suchen für ihre Familie Wohnorte aus, an welchen nebst einer guten Schulqualität auch Tagesbetreuung und/oder zusätzliche (nachsulische) Förderprogramme vorhanden sind. Privatschulen, gerade im Raum Höfe, haben das schon lange erkannt und bauen ihre Angebote entsprechend aus.

Der Grundlagenbericht Bildung 2008–2015 zeigte in einer Gesamtschau auf, welche Massnahmen und Projekte geplant gewesen waren. Ein aktueller Bericht über den Stand der Umsetzung der einzelnen Massnahmen wie auch ein Ausblick auf die kommenden Jahre fehlt. Es darf deshalb erwartet werden, dass eine Analyse über das Erfolgte gemacht wird und neue Ziele und Projekte im Bildungsbereich formuliert werden.

Wir fordern den Regierungsrat deshalb auf, darzulegen, wie er in den kommenden rund zehn Jahren unsere Bildungslandschaft für die bildungs- und gesellschafts-politischen Entwicklungen – z. B. Tagesstrukturen, Umsetzung des Lehrplans 21, Schulqualitätssicherung, Case-Management Berufsbildung – fit macht. Zusätzlich soll aufgezeigt werden, wie das Mittelschulangebot der Zukunft aussieht und wie sich die pädagogische Hochschule in der Hochschullandschaft (Zentral-) Schweiz positioniert.

Danke für die wohlwollende Prüfung dieses Anliegens.»
